

Bosnien: Kirchen drängen zu politischer Entschlossenheit

Über Monate sei die Welt nun ohnmächtiger Zeuge des Dramas in Bosnien-Herzegowina, schreibt der Papst in seiner jüngsten Botschaft an den UNO-Generalsekretär. Seit Beginn der Kämpfe mahnen kirchliche Stimmen in Deutschland ebenso wie der Apostolische Stuhl vor allem die Regierungen in Europa zu entschlossenerem Handeln. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Verhältnis zur serbisch-orthodoxen Kirche.

Tiefes Erschrecken, Empörung und Zorn löse der Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit seinen entsetzlichen Menschenrechtsverletzungen, den sogenannten ethnischen Säuberungen und der Schändung von Frauen und Kindern aus. Besonders bedrückend sei dieser Krieg auch, „weil er Gefühle der Ohnmacht aufkommen läßt“. Einmal mehr haben die deutschen Bischöfe bei ihrer Frühjahrsvollversammlung in einem Gebetsaufruf für den Frieden im ehemaligen Jugoslawien der Spannung von Entsetzen und Ohnmacht Ausdruck verliehen, die die Stellungnahmen, Hilfs- und Gebetsaufrufe der deutschen Kirchen, der christlichen Friedensbewegung ebenso wie des Vatikans durchweg kennzeichnet.

Dem Rechtsbruch entgegenzutreten

Ohne direkt Schuldige oder Aggressoren zu benennen, beklagen die Bischöfe den Krieg in Bosnien-Herzegowina und Kroatien als klaren Bruch des in der UN-Charta verankerten Schutzes der Zivilbevölkerung, als Mißachtung der KSZE-Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde, des Minderheitenschutzes und der Demokratie. Die Völkergemeinschaft insgesamt und in ihr die Bundesrepublik müßten diesem offenkundigen Rechtsbruch entschiedener entgegenzutreten. Nichts dürfe unversucht bleiben, um den zahllosen Opfern der Gewalt zu helfen und den brutalen

Krieg rasch zu beenden. Die militärische Intervention ist dabei für die Bischofskonferenz ultima ratio; zuvor müßten alle Möglichkeiten unterhalb der Gewaltanwendung ausgeschöpft sein.

Auch bei den Vertretern der *evangelischen Kirchen* Deutschlands herrscht gegenüber der in der politischen Landschaft mehr und mehr zu vernehmenden Forderung nach einem direkten Eingreifen von UN-Truppen große Zurückhaltung, wengleich beispielsweise der Präses der rheinischen Landeskirche, *Peter Beier*, Anfang Februar zu bedenken gab: Es gebe in der Völkergemeinschaft Situationen, die keine Möglichkeiten mehr offenließen als die Androhung und schließlich auch Anwendung militärischer Gewalt. Skeptisch gegenüber einer militärischen Lösung hatten sich auf Anfrage des evangelischen Pressedienstes im Januar die ostdeutschen Bischöfe gezeigt und auf mehr politische Entschiedenheit, eine konsequentere Durchsetzung des Waffenembargos und die Unterstützung der Friedenstruppen vor Ort gedrängt.

Nach einem Besuch des serbisch-orthodoxen Bischofs Konstantin im Kirchenamt der EKD Mitte März – der in Hildesheim residierende Bischof steht rund 200 000 Mitgliedern der serbisch-orthodoxen Kirche in Deutschland vor – forderten beide Kirchen in einem gemeinsamen Kommuniqué die Schaffung eines internationalen Gerichtes für die im ehemaligen Jugoslawien begangenen Kriegsverbrechen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen wandte sich zur gleichen Zeit eindeutig gegen eine Militärintervention, denn dies würde, so Generalsekretär *Konrad Raiser*, den Konflikt weiter verschärfen. Ebenso äußerte sich im März auch der Zentralauschuß der KEK und forderte zugleich eine bessere Unterstützung der Friedensbemühungen der Vereinten Nationen.

Die Beziehungen zur serbisch-orthodoxen Kirche

Mit dem Appell an die *besondere Verantwortung der Christen* für „Konfliktminderung und Vertrauensbildung“ benennen die deutschen Bischöfe in ihrem Gebetsaufruf zugleich einen zentralen Nerv des kirchlichen Friedensengagements im ehemaligen Jugoslawien: die „Schwierigkeiten, die bis heute auf den Beziehungen der Schwesterkirchen – vor allem der römisch-katholischen und der serbisch-orthodoxen Kirche – zueinander lasten“.

Seit Ausbruch des Krieges haben immer wieder einzelne Vertreter der serbisch-orthodoxen Kirche ausländische Kirchen mit einer vorbehaltlosen Rechtfertigung serbischer Gewalt und der Rede vom serbischen Verteidigungskrieg schockiert und damit, da zugleich das Belgrader Patriarchat Friedenswillen und Dialogbereitschaft demonstriert, ihre Kirche ins Zwielficht gerückt (vgl. HK, September 1992, 430ff.). Befremden löste beispielsweise eine Ende vergangenen Jahres veröffentlichte Erklärung der serbisch-orthodoxen Kirche aus, in der die Bischöfe zwar den sofortigen Stopp aller Kriegshandlungen und umgehende Friedensvereinbarungen forderten, zugleich aber die Berichte über die systematische Vergewaltigung zigtausender muslimischer Frauen in serbischen Lagern als „unwürdigsten Bestandteil der Kriegspropaganda einer der Kriegsparteien“ bezeichneten.

Das Bemühen, gegenüber der serbisch-orthodoxen Kirche – in einem ohnehin gereizten Gesprächsklima zwischen

Rom und der Orthodoxie überhaupt – keine Türen durch pauschale Verurteilungen des serbischen Volkes zuzuschlagen, kennzeichnet die zahlreichen päpstlichen Stellungnahmen, Gebetsaufrufe und Appelle zu politischer Verhandlungsbereitschaft. Geradezu inständig wurde Patriarch Pavle um eine Beteiligung am Gebetstreffen in Assisi Anfang Januar dieses Jahres gebeten, das der Papst ausdrücklich in direkten Bezug zum Krieg in Bosnien-Herzegowina gestellt hatte (vgl. HK, Februar 1993, 59f.). Der serbische Patriarch kam nicht, ließ jedoch in einer Botschaft wissen, er wolle keineswegs die brüderlich ausgestreckte Hand Roms ausschlagen.

Dagegen kam es seit Ausbruch der Kämpfe in Kroatien bereits zu mehreren Treffen zwischen Vertretern der Religionsgemeinschaften des ehemaligen Jugoslawien. Zuletzt haben sich der serbisch-orthodoxe Patriarch, der katholische Erzbischof von Sarajewo, *Vinko Puljić*, und das Oberhaupt der Muslime in Bosnien-Herzegowina, Reis ul-Ulema *Selimoski*, Ende November letzten Jahres in Zürich getroffen. Der Zagreber Erzbischof, Kardinal *Franjo Kuharić* und der serbisch-orthodoxe Patriarch kamen bereits dreimal in Sremski Karlovci, in Slavonski Brod und in Genf zusammen (vgl. HK, November 1992, 536). Diese Zusammenkünfte endeten immer im gemeinsamen Friedensappell und der Versicherung, der Konflikt sei kein religiöser. Die Chancen für ein Treffen zwischen dem Papst und dem serbischen Patriarchen scheinen sich indes doch zu verbessern. Anfang März kam es zu ausführlichen Gesprächen zwischen Pavle und dem Nuntius in Belgrad, Erzbischof *Gabriel Montalvo*.

Eine deutliche Verurteilung des Angriffskrieges

Beim Neujahrsempfang für das beim Apostolischen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps am 16. Januar 1993 verurteilte der Papst, ohne eine der

kriegführenden Parteien in Bosnien-Herzegowina direkt der Aggression zu bezichtigen, in aller Deutlichkeit den Angriffskrieg: Dieser sei des Menschen unwürdig, die moralische und körperliche Vernichtung des Gegners ein Verbrechen, die praktizierte Gleichgültigkeit solchem Verhalten gegenüber eine schuldhafte Unterlassung (*Osservatore Romano*, 4./5.1.93). Wie in seiner Weltfriedensbotschaft und auch schon bei früheren Gelegenheiten (vgl. HK, Februar 1992, 102) forderte der Papst vor den Diplomaten, die internationale Gemeinschaft müsse entschiedener ihren politischen Willen deutlich machen, „Angriff und gewaltsame Gebietseroberung nicht hinzunehmen, auch nicht die Verirrung der ethnischen Säuberung“.

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Ernährungskonferenz in Rom Anfang Dezember letzten Jahres hatte der Papst – ohne direkt die Situation in Bosnien-Herzegowina oder die angelegene internationale Aktion in Somalia zu nennen – die Pflicht der internationalen Gemeinschaft zur „humanitären Einmischung“ betont (*Osservatore Romano*, 6.12.92). Vor dem Diplomatischen Corps griff er diesen Gedanken noch einmal verdeutlichend auf: Wenn alle durch Übereinkünfte und internationale Organisationen vorgesehenen Prozesse erschöpft seien und trotzdem ganze Völker und Volksgruppen der Aggression eines ungerechten Angreifers zu erliegen drohten, habe die Staatengemeinschaft die Pflicht zur Entwaffnung des Angreifers. Die Grundsätze der Souveränität der Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten dürften keine Schutzwand bilden, hinter der man foltern und morden dürfe.

Deutlich lenkte der Papst das Augenmerk auch auf den Schaden, den die „brudermörderischen Kämpfe“ im ehemaligen Jugoslawien für die neue Friedensordnung in Europa und in der Welt haben würden: Ganz Europa und seine Institutionen würden dadurch gedemütigt und die Friedensbemühungen der letzten Jahre vernichtet.

In einer Mitte März UN-Generalsekretär *Boutros Boutros-Ghali* von Kardinal *Roger Etchegaray*, Präsident des Päpstlichen Rates „*Justitia et Pax*“, überbrachten Botschaft drängte der Papst erneut die Vereinten Nationen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein Ende des Krieges herbeizuführen. Wieder unterstrich Johannes Paul II. dabei, die Rechtsautorität und die moralische Kraft der höchsten internationalen Instanzen seien die Grundlage für das Recht auf Intervention, um die zur Geisel gewordene Bevölkerung vor dem mörderischen Wahn der Anstifter des Krieges zu retten.

Beispielhafte Versöhnung der Kirchen gefordert

Niemand im politischen oder gesellschaftlichen Raum und auch nicht die Kirche verfüge in der gegenwärtigen Situation über Konzepte, um die Kämpfe rasch zu beenden und das Leid der Betroffenen wirksam zu lindern, heißt es in einer am 11. März veröffentlichten Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Dennoch dürfe man nicht kapitulieren, schon um eine Wiederholung eines solchen Konfliktes in Europa auszuschließen. Grundsätzlich habe die Eskalation des Konfliktes gezeigt, wie wichtig Systeme der Früherkennung und Prävention für zwischenstaatliche Konflikte ebenso wie für drohende innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen seien. Dringend müßten *Methoden und Mechanismen friedlicher Konfliktbearbeitung* ausgebaut und der politische Wille der Völker gestärkt werden, die vorhandenen Möglichkeiten auch zu nutzen.

Anfang Februar erklärte der Sekretär der deutschen Sektion von *Pax Christi*, *Joachim Garstecki*, der Ruf nach militärischen Einsätzen gegen den Hauptaggressor Serbien sei auch eine Konsequenz fehlender Prävention durch die europäische Politik gegenüber einer inneren Gewaltdynamik im ehemaligen

Jugoslawien, die bereits 1989/90 erkennbar gewesen sei. Es scheine, daß mit militärischen Maßnahmen, diese Versäumnisse nun kompensiert werden sollten.

Zur Problematik einer militärischen Intervention als äußerstem Mittel erklärt die Kommission *Justitia et Pax*, es sei zu befürchten, daß besonders bei einem Einsatz von Landstreitkräften der Krieg unkontrollierbar werde und sich ohne Aussicht auf eine vereinbarte Friedenslösung ausweite. In der realistischen Einschätzung des Risikos auch der bewaffneten Durchsetzung des Embargos zielten die Bemühungen der Vereinten Nationen auf die Ausschöpfung der politischen Einwirkungsmöglichkeiten. Deutlich bleibe dabei allerdings, daß bislang ein *Konzept für eine regionale Friedensordnung* fehle. Unmittelbar sei nun eine wirksamere Krisenpolitik erforderlich, da eine regionale und über-

regionale Ausweitung des Krieges über das momentane Kampfgebiet drohe.

Vordringlich seien in der gegebenen Situation vor allem die Versorgung der notleidenden Bevölkerung in den Kampfgebieten, die internationale Kontrolle der Internierungslager aller Kriegsparteien, die Bereitschaft des Auslands, freigelassene Internierte aufzunehmen und eine konzertierte europäische Flüchtlingspolitik. Der politische Druck lasse sich, so betont die sicherheitspolitische Arbeitsgruppe, auf der diplomatischen wie wirtschaftlichen Ebene durchaus noch verschärfen.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften vor Ort ebenso wie im Ausland sollten jede Möglichkeit beispielhaften Versöhnungshandelns ausschöpfen, vor allem aber verhindern, „daß einzelne ihrer Vertreter die betriebene brutale Gewaltpolitik noch theologisch-ethisch legitimierten“. A. F.

Kreisen als der eigentliche „Hoffnungsträger“ galt. Wenige Wochen vorher wurde andererseits der Sonderbotschafter der Schweiz beim Heiligen Stuhl, *Jenö Staehelin*, mit einer neuen Aufgabe betraut, aber noch nicht ersetzt.

Eine überraschende Entscheidung

Der Entscheid des Papstes kam auch für aufmerksame Beobachter überraschend. Nach der Winterversammlung der Schweizer Bischofskonferenz hatte ihr Präsident noch erklärt, er stehe mit Rom in einem stetigen Gespräch, und Sonderbotschafter Staehelin ließ anderntags verlauten, eine Lösung des Problems Chur müsse erdauert werden, weil es dabei um einen komplizierten Prozeß gehe (HK, Januar 1993, 51–52). Die getroffene Lösung ist nun aber im Vergleich mit organisatorischen Lösungen, wie namentlich der diskutierten und vom Präsidenten der Bischofskonferenz offenbar favorisierten *Errichtung einer Apostolischen Administratur Zürich*, eher unkompliziert. Bemerkenswert indes ist, daß der römische Entscheid dem Churer Bischof *Wolfgang Haas* in der Privataudienz vom 12. Februar mündlich eröffnet, der Kirche in der Schweiz indes schriftlich im Brief Johannes Pauls II. an den Präsidenten der Bischofskonferenz vom 1. März offiziell mitgeteilt wurde.

Obwohl es sich bei der Ernennung der zwei Weihbischöfe um eine römische Lösung handelt, wurden zwei ohne besondere Vollmachten ausgestattete Auxiliarbischöfe und also auch keine „Gebietsbischöfe“ ernannt. Die römische Lösung bzw. der päpstliche Entscheid stützt sich aber auf die langjährige und langwierige Informationsbeschaffung und -verarbeitung ab, wie im Papstschreiben auffallend ausführlich erklärt wird: „Nach den Begegnungen, die ich mit Ihnen und meinen übrigen Brüdern im Bischofsamt Ihres Landes hatte, ferner aufgrund der zahlreichen Informationen, die mir von seiten glaubwürdiger Personen zugegangen sind, bin ich

Schweiz: Römische Gesten der Versöhnung

Mit der Ernennung von zwei Weihbischöfen für das Bistum Chur hat Johannes Paul II. den seit langem erwarteten Schritt zu einer Entschärfung der dortigen Krise um Bischof Wolfgang Haas getan. Die Mehrzahl der Katholiken des Bistums, die mit Person und Amtsausübung von Bischof Haas nicht einverstanden ist, hat jetzt zwei bischöfliche Ansprechpartner. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren so viel Vertrauen verspielt, daß der Weg aus der Krise mühsam wird.

„Mit Freude und Erleichterung“ hat die Schweizer Bischofskonferenz an ihrer Frühjahrsversammlung den Entscheid Johannes Pauls II. entgegengenommen, durch die Ernennung von zwei Weihbischöfen die derzeitigen Probleme in der Diözese Chur einer guten Lösung entgegenzuführen. Mitgeteilt wurden dieser Entscheid und die Namen der Ernannten – es handelt sich um den an der Gregoriana als Philosophieprofessor tätigen Jesuiten *Peter Henrici* und den an den Priesterseminarien von Lausanne, Genf und Freiburg sowie Sitten als Spiritual tätigen Marianisten *Paul Vollmar* – in einem Brief des Papstes an

den Präsidenten der Bischofskonferenz, Bischof *Pierre Mamie*. Überbracht wurde der Brief vom Apostolischen Nuntius in Bern, Erzbischof *Edoardo Rovida*. Zehn Tage später wurde zudem offiziell bekanntgegeben, daß Nuntius Rovida von Erzbischof *Karl-Josef Rauber* abgelöst werde, der als Delegierter des Papstes eine Bestandsaufnahme der Probleme in der Diözese Chur vorzunehmen sowie Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten hatte und bei der Wahrnehmung dieses Auftrages in der Schweiz auf allen Seiten solches Vertrauen zu gewinnen vermochte, daß er in der Churer Bistumskrise in weiten